

Geschenkt

Regierung McKinsey galt als selbstloser Helfer in der Flüchtlingskrise. Interne Dokumente zeigen nun, wie sich die Berater Millionenaufträge sicherten.

Sie gehört jetzt dazu, wie neulich, auf einer Flüchtlingskonferenz in Berlin. Da durfte Solveigh Hieronimus gleich nach dem Bundesinnenminister über die Integration von Flüchtlingen fachsimpeln. „Wir als Gesellschaft“ müssten uns mit der „neuen Normalität“ befassen, sagte Hieronimus auf der Bühne. „Wir müssen das als Chance begreifen.“

Hieronimus arbeitet nicht für Pro Asyl, sondern für eine der größten Unternehmensberatungen der Welt. Seit einem Jahr reist die Partnerin von McKinsey & Company durchs Land, um die neue Rolle ihres Arbeitgebers zu erklären: Die Meckies, wie sie sich selbst nennen, sind zum wichtigsten Regierungsberater bei Flüchtlingsfragen geworden.

Selbstlos und sozial, so schien das Engagement der Consultants am Anfang. Zahlreiche Beratertage stellten sie in den ersten Monaten kostenlos für das Gemeinwohl („pro bono“) zur Verfügung. Doch jetzt zeigen interne Unterlagen erstmals, wie sich die Firma geschickt lukrative Regierungsaufträge sichern konnte.

McKinseys Einstieg in das neue Geschäftsfeld begann im September vorigen Jahres (SPIEGEL 32/2016). Kanzlerin Angela Merkel machte Frank-Jürgen Weise, bis dahin Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA), auch zum Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Merkmals Mann fürs Große sollte das Flüchtlingschaos ordnen.

Dazu setzte Weise auf alte Bekannte: Schon bei der Arbeitsmarktreform arbeitete er mit McKinsey zusammen. Nun wollte er die Meckies auch bei der Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen an Bord haben. Womöglich haben sich seine Leute dabei nicht an die Spielregeln gehalten – und gegen das Vergaberecht verstoßen.

Bereits zum ersten Krisentreffen am 11. September 2015 nahm Weise die Berater mit. Freihändig vergab die BA dafür einen Auftrag an McKinsey über 200.100 Euro – und blieb so knapp unterhalb der Ausschreibungsschwelle von damals 207.000 Euro. Zwei Wochen später hatte die Kanzlerin einen Flüchtlingsgipfel anberaumt. Bis dahin sollten die Berater Vorschläge erarbeiten, wie man den Asylprozess beschleunigen könne. In jenen



McKinsey-Beraterin Hieronimus
„Neue Normalität“



Flüchtlingskinder in Eisenhüttenstadt
Kreatives Geschäftsmodell

Wochen wurde deutlich, dass der Staat auf Hunderttausende Flüchtlinge nicht vorbereitet war. In den Amtsstuben stapelten sich die Anträge der Asylbewerber. McKinsey witterte das große Geld – und entwickelte ein kreatives Geschäftsmodell. Das Unternehmen erklärte sich bereit, für Weises Arbeitsstab „Integriertes Flüchtlingsmanagement“ bis Februar Hunderte Beratertage „pro bono“ zu leisten, wie es in internen Unterlagen heißt. Mehr als eine Million Euro wollten die Berater verschenken.

Die Öffentlichkeit ging damals davon aus, dass die unter anderem für harte Sa-

nierungsmaßnahmen und Stellenabbau bekannte Firma in der Flüchtlingskrise zum Wohltäter mutierte. Die „Rheinische Post“ berichtete über zehn Berater, die „zunächst unentgeltlich“ für den Bund arbeiten sollten. Die Berater erzählten in Berlin selber herum, dass es sich um ein Pro-bono-Projekt handle.

In Wahrheit war das Engagement keineswegs völlig kostenlos. Zwar schenkte McKinsey dem Staat 488 Beratertage im Wert von gut 1,1 Millionen Euro. Doch 1811 Tage für den Arbeitsstab mussten bezahlt werden: 4,96 Millionen Euro stellte McKinsey der BA in Rechnung.

Hat McKinsey kostenlose Beratertage angeboten, um weitere Aufträge des Bundes zu gewinnen? Steht dahinter eine Lockvogel-Strategie?

Es habe „kein eigenständiges oder vorgelagertes Pro-bono-Engagement“ gegeben, sagt ein McKinsey-Sprecher. Bei der unentgeltlichen Arbeit habe es sich lediglich um eine Art Rabatt gehandelt. So sei es „von Beginn an“ vereinbart gewesen. Auch die BA stellt die Sache so dar.

Fest steht: Das Geschäft mit der Regierung brummt. Als besonders lukrativ erweist sich ein Rahmenvertrag mit dem Bamf, vergeben ohne Ausschreibung im Oktober 2015 – wegen „Eilbedürftigkeit“.

Seitdem kann das Bamf jedes Mal bei McKinsey anrufen, wenn man ein Problem angehen will. Jüngstes Beispiel: Derzeit arbeiten die Consultants an einer Studie, wie sich abgelehnte Asylbewerber schneller „rückführen“ lassen, für 1,86 Millionen Euro. Insgesamt flossen seit Herbst 2015 rund 15,5 Millionen Euro ohne Ausschreibung vom Bamf an McKinsey.

Das Bamf kann in der Vorgehensweise keine Probleme erkennen. Der Juraprofessor Hans-Peter Schwintowski von der Berliner Humboldt-Universität sieht das anders. Zumindest der jüngste Auftrag für die Abschiebetipps verstößt gegen Vergaberecht: „Probleme mit der Rückführung abgelehnter Asylbewerber sind schon lange bekannt. Die Begründung Eilbedürftigkeit zieht in diesem Fall nicht.“

Mit der freihändigen Vergabe ist es beim Bamf zwar erst mal vorbei. Für die kommenden vier Jahre hat die Behörde stolze 42.400 Beratertage ausgeschrieben, im Januar soll die Entscheidung fallen.

Doch McKinsey muss sich um das neue Geschäftsfeld wohl keine Sorgen machen. Die Firma gilt laut Insidern für einen Teil der Aufträge als gesetzt. Auch im Beschaffungsumsatz des Innenministeriums sieht man McKinsey weit vorn. Die Firma verfüge „aufgrund der bereits durchgeführten Bamf-Projekte über einen deutlichen Erfahrungsvorsprung gegenüber allen anderen Anbietern“.

Sven Becker, Wolf Wiedmann-Schmidt

Mail: Sven.Becker@spiegel.de

Wolf.Wiedmann-Schmidt@spiegel.de